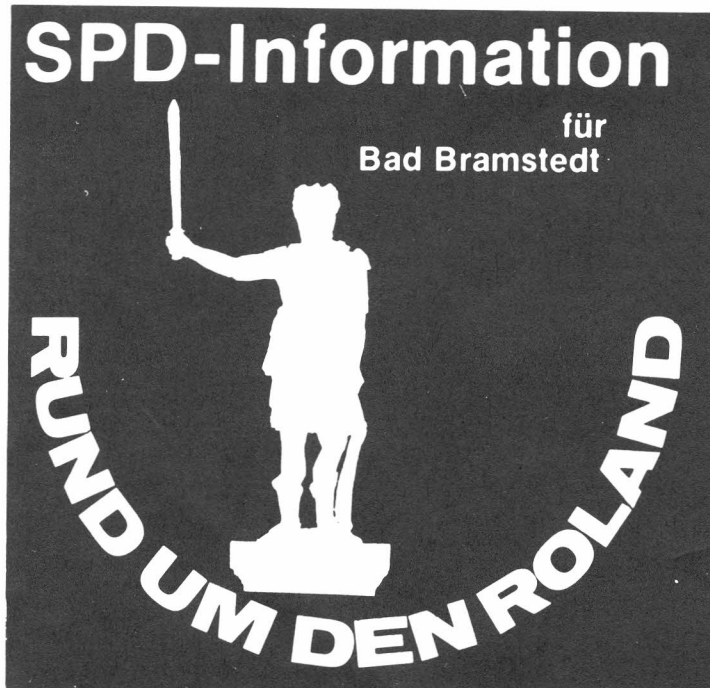




Allen Bürgern
ein frohes
Weihnachtsfest
und ein
glückliches,
neues Jahr!

Einführung von 30 km in Wohngebieten von Bad Bramstedt?

Auf den ersten Blick wird jeder Autofahrer entgegenn, der Verkehr wird zum Erliegen kommen, wenn die Geschwindigkeit tatsächlich innerhalb der Stadt auf 30 km reduziert wird. Vorab, wir sprechen nur von reinen Wohngebieten, Durchgangs- und Ausfallstraßen in Bad Bramstedt werden von dieser zukünftigen Maßnahme nicht tangiert. Dürfen wir daher mit einigen belegbaren Zahlen aufwarten; bei einer angenommenen Kollision zwischen einem Passanten und Pkw, der mit 80 km per Stunde fährt, bestehen für den Fußgänger statistisch gesehen 0 % Überlebenschancen. Mit anderen Worten, wir hätten den ersten Toten in unserem Planspiel, wobei in der Realität die Geschwindigkeit auch in Bad Bramstedt schon einmal gefahren wurde. Verringern wir die angenommene Geschwindigkeit auf 60 km per Stunde, nichts ungewöhnliches für das Stadtgebiet, so bestehen immerhin 15 % an Überlebenschancen für den Passanten. Diese Quote steigt auf 90 % bei der Geschwindigkeit von 30 km per Stunde. Untersucht man zusätzlich die verschiedenen Altersgruppen der Getöteten im Stadtgebiet, so fällt einem auf, daß die Gruppe der Kinder und älteren Mitbürger überwiegt. Auch ereignen sich die Unfälle mit Todesausgang in der Mehrheit nur 250 m zur Wohnung des Opfers. Stimmen Sie diese Zah-

len, vor allem in dieser vorweihnachtlichen Zeit, nachdenklich?

Mit dem Aufstellen von Verkehrsschildern allein ist es nicht getan - wie kommt es sonst, daß die Verkehrspolizei Neumünster bei Radarmessungen in Bad Bramstedt immer wieder erfolgreich ist? Daher der Vorschlag der SPD Bad Bramstedt, zusammen mit den Anwohnern von zukünftigen, verkehrsberuhigten Zonen sollte vorab überlegt werden, welche unterstützenden Maßnahmen in diesen Wohngebieten die Fahrzeuge tatsächlich auf eine Geschwindigkeit von nur 30 km bringen. Diverse, in der Realität bereits erprobte Verfahren, wie das Aufstellen von Blumenkübeln, der Einbau von Schwellen, das Absenken und farbige Markieren von Bürgersteigen etc., werden Anfang Januar in einer Bürgeranhörung von der SPD vorgestellt. Erst danach sollte seitens der Stadt mit den entsprechenden baulichen Veränderungen in einem bestimmten, begrenzten Gebiet innerhalb des Ortes ein Pilotprojekt gestartet werden. Sollte dieser Feldversuch auch bei uns positive Erkenntnisse erbringen, aufgrund von bereits ausgewerteten Erfahrungen in anderen norddeutschen Städten unserer Größe, zweifeln wir nicht daran, könnte nach und nach diese Verkehrsberuhigung auf die restlichen Wohngebiete der Stadt ausgedehnt werden.

Wie blauäugig ist die CDU Bad Bramstedt tatsächlich?

Verfolgte man die Stadtverordnetenversammlung vom 5. Dezember im Schloß, so konnte sich einem der Eindruck aufdrängen, die Parteigrößen der CDU Bad Bramstedt seien zeitweise „auf einem Auge blind“. Wie anders konnte es zu der CDU-Anfrage über eine Pressemitteilung des SPD-Ortsvereins Bad Bramstedt zur nun erfolgreich abgeschlossenen Aktion um die Bäume vor dem „Hotel zur Post“ kommen.

Besagter Artikel erschien im Donnerstags-Anzeiger im Original, wie vom Pressesprecher abgeliefert. Die örtliche Presse behielt sich das Recht vor, selbigen in Passagen zu kürzen und umzuschreiben. Dadurch entstand zumindest bei der CDU im Ort der Eindruck, daß der SPD-Ortsvorsitzende Heinlein seine Aufgabe als Privatmann, mit der als Angestellter der Stadt verquickte. Nachdem jedoch seitens des Fraktionsmitgliedes Claussen angeboten wurde, die Originalunterlagen vorzulegen, in denen zu keiner Zeit der Name Heinlein als Interviewpartner erwähnt wurde, fiel die ganze CDU-Anfrage in sich zusammen. Nur schade, daß mit derartigen Kampagnen wertvolle Zeit verschwendet wird.

Erneuter Hinweis des SPD-Ortsvereins Bad Bramstedt um die Pflege der Bäume vor dem „Hotel zur Post“ führten nun endlich zum Erfolg!

Leser unserer regelmäßigen Presseberichte in den örtlichen Publikationen werden sich unter Umständen an den vergangenen Herbst erinnern. Bereits damals, über ein Jahr vor der nun angelaufenen Aktion der CDU um das Neuanpflanzen von Bäumen, verwies die SPD anhand von Aufnahmen um den schlechten Stand der Bäume vor dem Hotel. Erinnern wir uns, durch Straßenbaumaßnahmen war eine Asphalt-schicht bis an den Stamm besagter Bäume gezogen worden. Erfolg - Regenwasser konnte von den Wurzeln der Bäume nicht mehr aufgesogen werden, da aufgrund des wasserundurchlässigen Belages der Niederschlag viel zu schnell abfloß. Entsprechend verzögert fiel daher der weitere Wuchs der Bäume aus. Nachdem sich die zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung über ein Jahr Zeit gelassen hatten, sich zwischenzeitlich aber auch die SPD-Fraktion im Bauausschuß des Themas bemächtigte, freuen wir uns, nun mitteilen zu können, daß die Teerschicht abgetragen ist. Es wurde ein umweltfreundlicher Belag benutzt; die Bäume sind nun von einem Kies- und Sandbett umgeben. Wir hoffen, durch diese neue wasserdurchlässige Umgebung werden die Bäume sich wieder gesund weiterentwickeln und durch ihren grünen Wuchs zur Verschönerung des Bildes unserer Stadt beitragen.

Das Jugendzentrum Bad Bramstedt

Das Jugendzentrum Bad Bramstedt existiert seit ca. zehn Jahren und wurde von einem ehemaligen Blumenladen in ein Haus der offenen Jugend umgebaut.

Die Innengestaltung des Hauses wurde und wird von künstlerisch begabten jungen Leuten vorgenommen. So erklärt es sich, daß das Jugendzentrum ein sehr buntes Haus ist, das gerade in der Adventszeit eine behagliche Atmosphäre besitzt. Auch



die Möblierung wird von den Jugendlichen selbst vorgenommen. Viele Bramstedter Bürger stiften Möbel oder der Sperrmüll liefert das ein oder andere gute Stück.

Je nach Jahreszeit und Interessenlage werden verschiedene Arbeitsgemeinschaften angeboten. Es existieren eine Töpfer-Ag., eine Foto-Ag. mit Dunkelkammer, eine Mädchengruppe, drei Fußballmannschaften, eine Holz-Ag. und eine Hausaufgabenhilfe unterstützt Jugendliche zweimal wöchentlich in ihren schwachen Fächern. Natürlich darf die Koch- und Back-Ag. in der Weihnachtszeit nicht vergessen werden. Sie beliefert das Jugendzentrum mit Kaffee, Kuchen und anderen interessanten Gerichten.

Das Jugendzentrum bietet aber auch noch andere Freizeitmöglichkeiten. So ist das Tischfußballspiel und die Tischtennisplatte ein beliebter Ort für die Austragung vieler Wettkämpfe. So mancher Skatabend wurde schon veranstaltet und Tischfußballturniere gegen andere Jugendzentren gehören auch dazu. Der Freitag ist meistens der Aktionstag. Filmabende, Diskotheken, Life-Musik, Theater oder Kabarett bilden den Wochenabschluß.

Tatsächlich behindert oder eingebildet krank?

Alle, die damit befaßt sind, begrüßen die beabsichtigte Novellierung des Schwerbehindertengesetzes. Viele Dinge hatten sich im Laufe von zehn Jahren als änderungswürdig herausgestellt. Der jetzt diskutierte Entwurf geht allerdings in vielen Dingen an der Wirklichkeit und am überhaupt Durchführbaren vorbei.

Hierunter fällt vor allen Dingen die vorgesehene Regelung, daß alle vor dem 1.1.85 ergangenen Bescheide, die ohne ärztliche Untersuchung ergangen sind, auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen sind.

Diese Regelung basiert auf einer in den letzten Jahren geführten, polemischen Mißbrauchsdiskussion, bei der sogar das ZDF beteiligt war. Nahrung bekommen hat diese Diskussion durch die von der christlich-liberalen Koalition geprägte Aussage einer gezielten Ausrichtung der Leistungen aus dem SchwbG auf die „tatsächlich Behinderten“. Weiter dazu beigetragen

haben ferner die Spargesetze, die zahlreiche bewährte Regelungen der Praxis einfach beseitigen oder rigoros einschränken.

Tatsache ist doch, daß vielen Schwerbehinderten aufgrund vorwiegend innerer Leiden ihre Behinderung nicht anzusehen ist und diese deshalb unterschätzt wird.

Herr Blüm geht davon aus, daß alle die, die nicht amtsärztlich untersucht wurden und die „nur“ durch gutwillige Atteste privater Mediziner vom Versorgungsamt aufgrund der Aktenlage ihre Anerkennung als Schwerbehinderter erhalten haben, nur „eingebildete Kranke“ seien. Er rechnet sich aus, daß etwa 300.000 bis 400.000 derzeit Schwerbehinderte ihren Ausweis verlieren würden. Ob diese Rechnung aufgehen wird, ist allerdings fraglich.

Mehrere Nachprüfungen haben ergeben, daß die Fehlerquote bei den Anerkennungsverfahren äußerst gering ist und

SPD erklärt die Bonner Kürzungen beim Arbeitseinkommen

„Wir haben uns erlaubt, von Ihrem Weihnachtsgeld 350 DM zu nehmen“ Wie die Bundesregierung 4,5 Milliarden Mark anschafft

Wer hierzulande an der Spitze der Einkommensskala steht, ist fein heraus: Zum einen haben ihm die Karlsruher Verfassungshüter die Investitionsabgabehilfe vom Halse geschafft, zum anderen bleibt derjenige, dem regelmäßig mehr als 5.200 Mark monatlich auf dem Lohn- oder Gehaltskonto gutgeschrieben werden, von einer Maßnahme verschont, mit der die Bonner Wendekoalition die Arbeitnehmer mit niedrigerem Einkommen überzieht.

Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 haben CDU, CSU und F.D.P. - gegen die Stimmen der Sozialdemokraten - die sogenannten Jahressonderzahlungen wie die Weihnachts- und Urlaubsgelder stärker in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung einbezogen und den Weihnachtsfreibetrag in der Sozialversicherung gestrichen.

Noch im vergangenen Jahr wurden die Sonderzahlungen nur im Auszahlungsmonat erfaßt. Da waren schnell die monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung erreicht. Was darüber hinausging, blieb beitragsfrei. Jetzt wird - vereinfacht ausgedrückt - das gesamte Arbeitsentgelt einschließlich der Sonderzahlungen bis zum Zahlungsmonat zusammen gerechnet und der anteiligen Jahresbeitragsbemessungsgrenze gegenübergestellt. Das Ergebnis: Eine Mehrbelastung von derzeit jährlich 4,5 Milliarden Mark für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Bei der Abrechnung der Weihnachtsgelder werden die Arbeitnehmer in diesen Tagen feststellen müssen, daß ihnen ein erkleckliches Sümmchen fehlt. Unterstellt man ein 13. Monatseinkommen als Weihnachtsgeld, so ergeben sich bei einem Vergleich von altem und neuem Recht zum Beispiel folgende Kürzungen des Weihnachtsgeldes: 77,50 Mark weniger bei 2.500 Mark Einkommen, 218,40 Mark bei 3.000

Mark, 393,90 bei 3.500 Mark Einkommen, aber „nur“ 323,40 Mark Abzug bei 4.000 Mark oder 254,10 Mark weniger bei 5.000 Mark Bezügen. Es sind also in erster Linie die Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen, die die Zeche zu zahlen haben.

Unter dem Titel: „Eine Weihnachtsüber-raschung aus Bonn“ startete die SPD diese Woche eine Informationsaktion, um die Arbeitnehmer über die Hintergründe der Kürzung ihres Weihnachtsgeldes zu informieren. In einem „Weihnachtsbrief“, der an Werkstoren, an Info-Ständen und über Hausbriefkästen verteilt wird, heißt es:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir haben uns erlaubt, von ihrem Weihnachtsgeld 350 Mark wegzunehmen. Das Geld wird benötigt, weil wir u. a. die Vermögensteuer der Reichen gesenkt haben. Ihre Bundesregierung.“

Auf der Rückseite des Briefes ist nachzulesen, daß es diesen Brief der Bundesregierung nicht gibt. Eine genaue Sachinformation folgt. Und einer Tabelle können die Arbeitnehmer auf Heller und Pfennig entnehmen, wie groß das Loch ist, das die Rechtskoalition in ihre Weihnachtskasse gerissen hat.



in der politischen Diskussion völlig überschätzt wird. Erst vor drei Jahren hat das Sozialministerium in Nordrhein - Westfalen mehr als 800 Anerkennungsbescheide, die „nach Aktenlage“ ergangen sind, überprüft. Die Schwerbehinderten mußten sich einer amtsärztlichen Untersuchung unterziehen. Das Ergebnis sollte Herrn Blüm eigentlich zu denken geben. Lediglich bei einem Drittel der Bescheide wurden Abweichungen festgestellt, die beim weitaus überwiegenden Teil sogar zu einer höheren MdE führten.

Die Untersuchung hat zwar gezeigt, daß Fehlentscheidungen nicht auszuschließen sind. Der Aufwand, diese Fehlentscheidungen festzustellen ist allerdings riesengroß. Zwischen 1 Milliarde und 1,6 Milliarden DM werden als Kostenaufwand für

diese Aktion von unterschiedlichen Stellen geschätzt. Dieses Geld ist sicher sinnvoller anzuwenden, zumal ja sparen angeblich groß geschrieben wird, und die Neuverschuldung auch im nächsten Jahr enorm sein wird.

Erheblicher Widerstand kommt deshalb von allen Behindertenorganisationen. Auch die Bundesländer, hier an erster Stelle die SPD-regierten Länder, werden aller Voraussicht nach diesem Vorhaben nicht zustimmen. Sie sollen schließlich die Überprüfung organisieren und vor allen Dingen finanzieren. Bei den Versorgungsämtern lösen diese Pläne sicher bereits heute Alpträume aus. Sie haben schließlich die Haushaltsbegleitgesetze noch nicht

richtig verdaut und sollen schon wieder der Sündenbock für gesetzliche Eskapaden sein.

Wir meinen, daß das Vertrauen der Betroffenen in die soziale Rechtsprechung genug erschüttert ist. Hier soll endlich wieder Ruhe einkehren. Die schwerbehinderten Mitmenschen sind von unserer derzeitigen, selbst krisengeschüttelten Regierung genug gebeutelt worden. In anderen Gesetzen, wie z. B. in der Steuergesetzgebung, gibt es genug Lücken. Sie zu schließen ist sicher eine vornehmere Aufgabe als ständig nur denen in die Tasche zu greifen, die selbst kaum genug haben und zusätzlich noch vom Schicksal schwer geprüft sind.

ÖPNV in (Un-) Ordnung?

Im Zusammenhang mit der geplanten U-Bahnverlängerung in Norderstedt gibt es eine ganze Reihe Betrachtungen und Meinungsäußerungen zum „Öffentlichen Personen-Nah-Verkehr“ (ÖPNV). Dabei setzt man sich erfreulicherweise (von Bonn bis hin in die Gemeinden) für den Fortbestand der Alster-Nord-Bahn (ANB) ein. Man macht die klare Aussage: „Die Schiene muß bleiben“. Zwischen der U-Bahn und der AKN ist die ANB ein bedeutendes Bindeglied. Auf dieser Strecke werden jährlich ca. 1,4 Millionen Personen befördert. Allein diese Zahl verpflichtet, über eine gute und langfristige Lösung, die nicht die billigste sein muß, nachzudenken. Der ÖPNV kann nicht kostendeckend betrieben werden. Viele Politiker kennen die Sorgen der Betriebsleitungen des reinen ÖPNV recht gut, halten sich aber bedeckt, wenn es um die Beteiligung an den Betriebsführungskosten geht.

Öffentliche Meinungsäußerungen aus den Reihen der ÖPNV-Benutzer gibt es wenige. Das kommt daher, weil die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesenen Bürger keine Lobby haben. Viele Unzulänglichkeiten beim ÖPNV, mit denen Schüler, Berufstätige und ältere Menschen in Berührung kommen, sind den meisten Politikern nicht bekannt, weil sie die täglichen Erfahrungen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht machen oder nicht machen können.

Den gewachsenen Verkehrseinrichtungen im Kreise Segeberg wurde in diesem Jahr der erste kräftige Schlag versetzt. Der Verwaltungsrat der DB und die Bundesregierung stimmten der Einstellung des Personenverkehrs auf der Strecke Bad

Segeberg - Neumünster zu. Anders wurde fast gleichzeitig ein Antrag der DB auf Stilllegung zweier Strecken in Bayern behandelt. Bei dieser Beschlußfassung waren von 20 Verwaltungsräten 14 anwesend, wovon 8 gegen die Stilllegung stimmten. Damit war das Thema vom Tisch. Zu bemerken ist bei diesem Vergleich, daß die Strecken in Bayern mit knapp 150 Tages-Personen-km (TPkm) wesentlich geringer ausgelastet wurden, als die Strecke Bad Oldesloe - Neumünster mit knapp 600 TPkm. Dieser Vergleich läßt erkennen, so der Kreistagsabgeordnete Hans Ohletz, daß nicht immer „sachlich richtig“ entschieden wird.

Durch die Einstellung des SPNV von Bad Segeberg nach Neumünster wird der nördliche Streckenabschnitt der AKN bei der Betriebskostenrechnung negativ beeinflusst, denn zwischen Neumünster-Süd und Bf Neumünster wird das DB-Gleis befahren. Die höheren Betriebskosten könnten eines Tages für die AKN unerträglich werden. Das würde für die AKN im Norden das „Aus“ bedeuten. Durch den Strukturwandel des Verkehrsmarktes ist der Personenverkehr auf dem Streckenabschnitt Kaltenkirchen - Neumünster seit 1960 rückläufig.

Ein weiterer Grund für die rückläufige Entwicklung auf der Schiene war die politische Entscheidung, Bad Bramstedt nicht wie Kaltenkirchen als Mittelzentrum einzuordnen. Auch hier wurden die nach 1945 gewachsenen Verhältnisse von der Mehrheit der Politiker nicht berücksichtigt. Mit dem Abdruck des Fahrplans Sommer 1949 soll deutlich gemacht werden, daß der tägliche Betrieb bei der AKN in Bad Bram-

stedt aufgenommen wurde.

Das derzeitige Angebot des ÖPNV ist für einen Berufstätigen aus der Region Bad Bramstedt fast unannehmbar, wenn man über Norderstedt nach Hamburg fahren muß. Folgende Mängel sind hier zu nennen:

1. Zugfolge zwischen Bad Bramstedt und Kaltenkirchen nicht ausreichend
2. Neue Fahrkarte in Kaltenkirchen
3. Umsteigen in Kaltenkirchen; Übergang in der Regel 8 bis 10 Minuten, aber auch 15 Minuten
4. Umsteigen in Ulzburg-Süd
5. Umsteigen in Garstedt.

Viele Fahrgäste aus der Region Bad Bramstedt fahren gleich mit dem Auto bis an die U-Bahn, und damit wird die umständliche Fahrt umgangen.

Zu dem direkten Weg von Bad Bramstedt nach Hamburg Hbf und verschiedenen Unterwegshaltestellen müssen einige Bemerkungen gemacht werden, damit man versteht, warum der Kreistagsabgeordnete Hans Ohletz auf das mögliche „Aus“ der AKN im Norden hinweist. Zu dem lästigen Umsteigen in Kaltenkirchen kommt ein ganz entscheidender Punkt: „Fahrpreis“.

Von Bad Bramstedt bis Lentförden und von Quickborn bis Hamburg fährt die Autokraft parallel zur AKN in einem Abstand von nicht einmal 1 km und das zu wesentlich günstigeren Bedingungen. Auch zwischen Bad Bramstedt und Neumünster sind die Fahrpreise bei der Autokraft günstiger.

Übersicht der Fahrpreise:

Fahrpreise bei der AKN, VHH u. Autokraft

		Neumünster		Kalten- kirchen	Hamburg- Eidelstedt		Holstenstr.		Hamburg Hbf./ZOB	
		AKN	Auto- kraft	AKN	AKN	Auto- kraft	AKN	Auto- kraft	AKN	Auto- kraft
BAD BRAMSTEDT	E	4,80	3,60	3,20	10,20	6,40	10,20	8,20	10,20	8,20
	R	9,60	7,20	6,40	* 17,40 20,40	10,80	* 17,40 20,40	13,80	* 27,40 20,40	13,80
	Mo	117,00	85,00	81,00	207,00	108,00	247,00	117,00	247,00	117,00
KALTENKIRCHEN	E	6,80			7,00		7,00		7,00	
	R	13,60		* 11,00	14,00	* 11,00	14,00	* 11,00	14,00	
	Mo	158,00			126,00		166,00		166,00	
QUICKBORN	E	11,60	6,40		4,30	3,20	4,30	4,40	4,30	4,70
	R	22,20	12,80		8,60	6,40	8,60	8,80	8,60	9,40
	Mo	241,00	108,00		105,00	91,00	105,00	91,00	126,00	91,00

E = einfache Fahrt, R = Rückfahrkarte, Mo = Monatskarte, * HVV-Tageskarte = 11,00

Stand 12/84



Völlig unverständlich ist, daß ein Fahrgast der AKN mit Ziel Hamburg Hbf. zwei Fahrkarten benötigt:

1. Bad Bramstedt - Kaltenkirchen
2. Kaltenkirchen - Hamburg.

Bei der Bundesbahn gibt es diese komplizierte Regelung nicht. Mit der Karte von Wrist oder Bad Oldesloe fährt man bis Hamburg Hbf. durch.

Beim Vergleich der Fahrpreise ist zu erkennen, daß die Verkehrsträger nicht annähernd gleichwertige Voraussetzungen haben können. Die Bahn ist durch die Vohaltung und Sicherung des eigenen Fahrzeuges gegenüber einem Busunternehmen im Nachteil. Die jetzige Bundesregierung hat die Lage bei der Bahn dort noch weiter verschärft, wo kein elektrischer Betrieb gemacht werden kann, und das betrifft alle Strecken in Schleswig-Holstein. Ab 1.7.83 wird nämlich die Betriebsbeihilfe für Schienenfahrzeuge von 49,65 DM je 100 l Dieselkraftstoff nicht mehr gewährt.

Durch die Entscheidung der Bundesregierung wird deutlich, daß man die Töne „Die Schiene muß bleiben“ bei der Diskussion über den Erhalt der Bahn nicht so ernstnehmen kann. Die Streichung der Betriebsbeihilfe wirkt sich negativ auf die Betriebskostenrechnung bei der AKN und ANB aus.

Der SPD-Ortsverein bittet die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel aus unserer Region um Anregungen und Hinweise zur Verbesserung des Angebots beim ÖPNV. Wir bitten um eine kurze schriftliche Mitteilung an oder auch einen Anruf bei: Hans Ohletz, Graf-Stolberg-Str. 49, 2357 Bad Bramstedt, Tel. (0 41 92) 44 82.

Sollten Schwerstbehinderte Umweltverschmutzer bleiben?

Nach den vielen Aderlässen durch Herrn Blüm greift nun auch der Bundesverkehrsminister Dollinger den Schwerbehinderten erheblich in die Taschen.

Mit der Einführung des umweltfreundlichen Autos werden in den ersten Jahren Käufer eines Autos mit Katalysator von der Kfz-Steuer befreit. Sie sparen dadurch im Laufe der Zeit die Anschaffungskosten des Zusatzgerätes ein.

Schwerstbehinderte, die sich ohne ihren Pkw kaum in der Öffentlichkeit bewegen können und für die deshalb ihr Auto eines der wichtigsten Mittel zur Integration darstellt, sind aus diesen Gründen ohnehin von der Zahlung der Kfz-Steuer befreit. Deshalb stellt diese Sonderregelung von Herrn Dollinger für Schwerstbehinderte keinen Kaufanreiz dar.

Im Gegenteil! Dieser Personenkreis, der wie kein anderer tatsächlich auf die Benutzung eines fahrbaren Untersatzes angewiesen ist, hat nur zwei Alternativen:

1. **Alternative:** Er beißt in den sauren Apfel und blättert für ein umweltfreundliches Auto durchschnittlich 3.000,- DM mehr auf den Tisch.

Dies stellt für viele eine unwahrscheinliche Härte dar. Die Preise, gerade für Autos, sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Weitaus mehr als die Lohnentwicklung. Schon dies macht vielen die Anschaffung zum Problem.

Schwerstbehinderte können wegen der Platzverhältnisse auch beim Ein- und Aussteigen und wegen evtl. erforderlicher Sonderausstattungen, wie z. B. Automatik,

Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit! – Oder?

Seit Mitte der 70er Jahre stellte sich für junge Menschen die Suche nach einem Ausbildungsplatz/Studienplatz oder Arbeitsplatz als ständig zunehmendes Problem dar, dies ist die Situationsbeschreibung für unseren Arbeitsmarkt.

Das hochgelobte Modell der sozialen Marktwirtschaft hat seine Gültigkeit auf einem ihrer wichtigsten Felder schon vor Jahren verloren. Zwischen dem Angebot an Arbeitsplätzen und den Arbeitssuchenden klappt ein riesiges Loch, in dem seit Jahren Millionen von Arbeitssuchenden verschwinden. Allgemeine Schuldzuweisungen bringen keine Arbeitsplätze oder Ausbildungsmöglichkeiten, deshalb gleich zum „Eingemachten“.

Ganz konkret fehlen in Bad Bramstedt und im Umland Arbeitsplätze, dabei ist die Situation für Berufsanfänger besonders bedenklich. Ihnen wird jeder Einstieg in diese Gesellschaft verwehrt, finanzielle Abhängigkeit und Verlust des Selbstwertgefühls sind die Folgen. Da ist der Hinweis unzulässig, daß in zehn Jahren die Arbeitsmarktsituation für Berufsanfänger evtl. besser wird. Die Frage bleibt: Was wird aus denen, die jetzt Arbeit suchen? Forderungen im einzelnen:

- Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen, auch im öffentlichen Dienst und dem den öffentlichen Dienst angegliederten Organisationen (Wohlfahrtsverbände/Kirchen)
- Errichtung von außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, besonders wichtig

für Gebiete, in denen seit Jahren Lehrstellen fehlen, wie in Bad Bramstedt

- Subventionierung von zukunftsorientierten Ausbildungsplätzen in Abhängigkeit von der Qualität des Ausbildungsplatzes und der damit verbundenen Berufserwartung
- Möglichkeiten eröffnen, jugendliche Arbeitslose in besonderen Projekten zu beschäftigen. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Jugendarbeit, Umweltschutz, Friedensarbeit, soziale Dienste
- Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen Arbeitsloser zu ermöglichen, insbesondere durch finanzielle Unterstützung von Projekten, die zu einer beruflichen Qualifizierung oder Berufsausbildung führen
- Schaffung von Beratungsstellen, die jugendlichen Arbeitslosen helfen bei der Bewältigung ihrer aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Probleme zu helfen. Der Beratungsdienst wird von Sozialarbeitern durchgeführt und steht besonders Jugendlichen, Eltern und Schülern zur Verfügung.

Die angeführten Maßnahmen zeigen einen Weg auf, der Massenarbeitslosigkeit zumindestens im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Die Vorschläge sind keine Maximalforderungen, sie sollen vielmehr die Diskussion anregen, endlich in Bad Bramstedt aktiv zu werden.

Wir Sozialdemokraten sind nicht bereit, weitere Jahre auf sogenannte „Selbsthilfekräfte“ des Marktes zu warten.

nicht jedes Auto kaufen. Sie müssen also von vornherein schon mehr aufwenden als Nichtbehinderte.

Sie fahren zwangsläufig mehr als Nichtbehinderte und sind weitaus mehr auf die Zuverlässigkeit ihres Autos angewiesen. Sie können an ihrem Auto oft nichts selbst reparieren, und lange, sehr häufige Werkstattaufenthalte machen sie stets hilflos. Deswegen ist eine Ersatzbeschaffung viel früher nötig als bei Nichtbehinderten.

Dazu kommen dann ab 1.7.1985 die zusätzlichen Anschaffungskosten für den Katalysator von durchschnittlich 3.000,- DM, also eine erhebliche Mehrbelastung.

2. **Alternative:** Er bleibt Umweltverschmutzer, spart den Katalysator-Aufpreis und wird dafür auch noch vom Gesetzgeber belohnt. Und wie?

Die ohnehin gewährte Befreiung von der Kfz-Steuer gilt auch für die beschlossene Steuererhöhung für herkömmliche Fahrzeuge (also umweltfreundliche Autos ohne Katalysator) ab 1.1.1986.

So werden also Gesetze gemacht von unserer christlich-liberalen Koalition. So verstehen Kohl & Co. die Konzentration der sozialen Leistungen auf die „tatsächlich Behinderten“. So versteht unsere derzeitige Regierung das Motto des Jahres der Behinderten 1981. Erinnern Sie sich noch?
— Einander verstehen - miteinander leben —

Kriegsspielzeug zu Weihnachten? Nein, danke!

In dieser Zeit wird sehr viel vom Frieden gesprochen. In der Welt sollen wieder Abrüstungsgespräche stattfinden. Findet diese Abrüstung auch in unseren Kinderzimmern statt?

Leider wird überall noch Kriegsspielzeug angeboten! Diese inhumane Ausrüstung in vielen Kinderzimmern ist eine gefährliche Fehlentwicklung. Krieg bedeutet schließlich Tod, Tränen, Trauer und Vernichtung. Spiel dagegen heißt Leben und Lachen. Das Spielen mit Kriegsspielzeug fördert nicht das soziale und kreative Verhalten der Kinder. Es täuscht vor, Konflikte seien mit Gewalt zu lösen und stört schließlich die notwendige, friedliche Verständigung der Kinder untereinander. Die Aufgabe der Eltern muß es sein, die heranwachsende Generation zur Friedensliebe und Friedfertigkeit zu erziehen.



„Soweit ist es schon gekommen: Jetzt soll dem Volk mit billiger Butter das Maul gestopft werden!“